



Integrationsausschuss

26. Sitzung (öffentlich)

30. April 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:05 Uhr

Vorsitz: Arif Ünal (GRÜNE)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz) 5

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4151
Ausschussprotokoll 16/504

Der Ausschuss kommt überein, die weitere Beratung des
Gesetzentwurfs zu vertagen.

2 Sprachliche Bildung geschieht im Alltag – Sprachförderung im Elementarbereich neu ausrichten **7**

Antrag
der Fraktionen der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/4426

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4499

Ausschussprotokoll 16/506

Der Ausschuss beschließt, die Beratung der Anträge zu vertagen.

3 „Birlikte – Zusammenstehen“: Kölner Gedenken an die Opfer des Nagelbombenanschlags unterstützen **8**

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5265 (Neudruck)

Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung und Abstimmung des Antrags in der auswärtigen Sitzung in Köln am 9. Juni durchzuführen.

4 Freizügigkeit klug gestalten: Not sehen, wirksam helfen **10**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5490

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung. Diese Anhörung soll in die bereits beschlossene Anhörung zu dem Antrag der CDU „Landesregierung muss Hilfen für von Armutszuwanderung betroffene Städte leichter zugänglich machen“ Drucksache 16/5042 und dem Entschließungsantrag der FDP „EU-Freizügigkeit sichern, Sorgen von Kommunen und Bürgern ernst nehmen,

Problemen der Armutsmigration offensiv begegnen“
Drucksache 16/5095 eingebunden werden.

- 5 Freizügigkeit klug gestalten: Schlepperbanden und Missbrauch bekämpfen** **12**
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5489
- Der Ausschuss beschließt, die weitere Behandlung des Antrags zu vertagen, bis der federführende Innenausschuss sein weiteres Vorgehen festgelegt hat.
- 6 Studie „Diskriminierung am Ausbildungsmarkt“ des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration** **14**
- Bericht der Landesregierung
- Bericht durch Minister Guntram Schneider (MAIS) 14
 - Aussprache 17
- 7 Fachgespräch „Anonymisierte Bewerbungen und Antidiskriminierungskurse“ der Sprecherinnen und Sprecher** **20**
- Auswertung
- Aussprache 20
- 8 Einbeziehung islamischer Verbände in die Weiterentwicklung des Instituts für islamische Studien an der Universität Münster** **24**
- Bericht der Landesregierung
- Aussprache 24
- 9 Verschiedenes** **27**
- Der Ausschuss beschließt, die nach dem Terminplan für den 17. September 2014 vorgesehene Ausschusssitzung ausfallen zu lassen. 27

* * *

3 „Birlikte – Zusammenstehen“: Kölner Gedenken an die Opfer des Nagelbombenanschlags unterstützen

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5265 (Neudruck)

Vorsitzender Arif Ünal teilt mit, der Antrag sei vom Plenum in seiner 54. Sitzung am 27. März 2014 an den Integrationsausschuss überwiesen worden. Die abschließende Beratung und Abstimmung solle in öffentlicher Sitzung erfolgen. Er schläge vor, in der auswärtigen Sitzung am 9. Juni in Köln die Beschlussfassung vorzunehmen.

Serap Güler (CDU) möchte wissen, ob in der heutigen Sitzung auch über den Entwurf des Programms der auswärtigen Sitzung diskutiert werden könne. – Heute nicht, antwortet **Vorsitzender Arif Ünal**.

Ibrahim Yetim (SPD) schlägt vor dem Hintergrund, dass über den Antrag in der auswärtigen Sitzung am 9. Juni diskutiert werden solle, vor, heute nicht über den Antrag zu debattieren.

Simone Brand (PIRATEN) hält den Vorschlag des Abgeordneten Yetim für sinnvoll, um Doppelberatungen zu vermeiden.

Sie finde es wichtig, nicht nur das Gedenken zu unterstützen, sondern auch die weitere Aufklärung. Insofern werde ihre Fraktion einen Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Thema „NSU“ vorlegen. Sie bitte um Zustimmung zu dem Antrag bzw. darum, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren.

Serap Güler (CDU) schließt sich dem Vorschlag des Abgeordneten Yetim an. Nichtsdestotrotz sollte schon heute die Landesregierung mitteilen, was sie im Hinblick auf die Gedenkveranstaltung vom 7. bis 9. Juni in Köln geplant habe und wer daran teilnehme.

Bernhard von Grünberg (SPD) hält es ebenfalls für sinnvoll, dass die Landesregierung schon heute mitteile, welche Unterstützung die Landesregierung geben wolle.

Über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses sollte nicht in der auswärtigen Sitzung gesprochen werden. Die Zuständigkeit liege ja beim Innenausschuss.

Minister Guntram Schneider (MAIS) sagt, bereits im Plenum habe er darauf hingewiesen, dass die Landesregierung schon seit langer Zeit in die Planungen darüber,

was Pfingsten in Köln stattfinden solle, einbezogen sei. Das Land werde sich mit etwa 20.000 € an der Finanzierung der Veranstaltungen beteiligen. Darüber hinaus könne er mitteilen, dass das Kulturministerium ein Kulturprogramm, das in Köln stattfinden solle, mitfinanziere.

Die Frage, welche Ministerin, welcher Minister an der Veranstaltung teilnehmen, könne er im Moment nicht beantworten. Der Ausschuss könne aber sicher sein, dass sowohl der Integrationsminister als auch sein Staatssekretär daran teilnahmen. Alles andere müsse noch geklärt werden.

Serap Güler (CDU) verweist auf die Pressekonferenz zu der Veranstaltung in Köln, wonach am Pfingstmonat die Ministerpräsidentin an einer großen Kundgebung teilnehmen. – Dies könne er nicht bestätigen, so **Minister Guntram Schneider (MAIS)**, aber wenn dies dort so gesagt worden sei, dann werde es sicherlich stimmen.

Der **Ausschuss** kommt überein, die abschließende Beratung und Abstimmung des Antrags in der auswärtigen Sitzung in Köln am 9. Juni durchzuführen.